

Keine Nachjustiz der Sowjets

Zentralretutivkomitee begnadigt die Schädlinge zu Gefängnisstrafen

Moskau, 8. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Das Zentralretutivkomitee der Sowjetunion erdörzte das Gnabengefuch des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion in Sachen der Interrevolutionären Organisation, genannt Industriepartei, und beschloß:

1. In Anbetracht dessen, daß die Verurteilten ihre Tat gestanden haben und die begangenen Verbrechen bereuen, lobann durch die Auslagen der Voeunterfuchung und Unterfuchung ihre Interrevolutionäre Organisation entmachtet ist und fe nur das ausführende Organ für Direktiven der Intervention vorbereitenden Poincaré und seiner Anhänger in Frankreich, des „Handels- und Industrie-Komitees“ find,
2. daß die Sowjetregierung kein Nachgefühl gegenüber unerschuldlich gemachten, gefchädigten und ihr Verbrechen bereuenden aufkommen läßt, die Todesstrafe der Verurteilten Kamsin, Parifchew, Kallinkow, Tscharnowski und Jodotow in eine zehnjährige Gefängnisstrafe und fünfjährigen Verlust der Bürgerrechte und Einziehung ihres Vermögens zu ver wandeln; und für die zu zehn Jahren Gefängnisstrafe Verurteilten Oskhin, Sitin und Kupjanow die Strafe auf acht Jahre Gefängnis und fünf Jahre Verlust der Bürgerrechte zu vermindern.

Rnechte des Faschismus

Dresden, 9. Dezember.

In der gestrigen Stadtverordnetenfung wurde der Genosse Schrapel mehrfach zur Ordnung gerufen und von der Sitzung ausgeschlossen, weil er den Massenbetrug der SPD-Führer, dieer Vorkämpfer des faschistischen Diktaturabimettes, gebührend brandmarkte. Der berüchtigte Rißch und der sozialfaschistische Stadtverordnetenvorsitzer Dölich arbeiteten Hand in Hand, um durch eine Provokation der Kommunisten sich drücken zu können vor der Unterfuchung von Anfall- und Kriegsbefähigten. Die Dresdener Sozialfaschisten, die Rißch und Dölich, haben keinerlei sachliche Argumente gegen die SPD, sondern nur Argumente zur Verteidigung ihres Bolschewismus und ergeben sich deshalb in der maßlosten Beschimpfung der Arbeiter und kommunistischen Stadtverordneten.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen an der gestrigen Saltung ihrer Führer im Dresdener Stadtparlament, daß diese Leute nichts anderes sind wie faschistische Nachtwächter der herrschenden Klasse. Sie haben keine anderen Aufgaben wie die Durchführung des Diktaturkurses in Dresden zu sichern. Jeder SPD-Arbeiter wird sich mit Abfuchen von diesen, den Sozialismus täglich schändenden Rnechten der Bourgeoisie abmenden und sich elureichen in die Kampffront der Arbeiterklasse zum Sturz des kapitalistischen Systems.

Die SPD-Arbeiter, davon sind wir überzeugt, werden, durch ihre Not getrieben, mit ihren kommunistischen und parteilosen Klassenkämpfern alles daranlegen, die Werttätigen zu mobilisieren für den großen Kampf gegen den Faschismus am 17. und 18. Januar 1931. Sie werden durch die Erfüllung einer brüderlichen Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen den verräterischen Vorkämpfern der Kapitalisten das Handwerk legen.

Weitere große Waffenlieferungen nach Rumänien

Prag, 5. Dezember.

Zu der bereits gemeldeten Uebnahme einer Maschinen-gewehrherstellung im Werte von 200 Millionen tschechischen Kronen von leiten Rumänien durch die halbstaatlichen tschechoslowakischen Waffenwerke in Brünn erfahren wir, daß sich noch eine zweite Waffenfabrik in den letzten Tagen große rumänische Maschinenbestellungen erhalten hat. Es ist dies die Waffenfabrik Ing. F. Janacek in Prag-Mährle. Sie soll in kürzester Zeit 800 Maschinen für Rumänien liefern. Aus diesem Grunde wird diese Woche auch wiederum sechs Tage gearbeitet, während bisher nur fünf Tage in der Woche gearbeitet wurden.

Revolutionären Gruß dem neuen Kämpfer

Ein neuer Kämpfer gegen die faschistische Diktatur ist auf den Plan getreten. In Hinderburg (Oberfchlesien) erfindet jetzt die „Neue Zeitung“, Organ der kommunistischen Partei. Damit hat auch die oberfchlesische Arbeiterfchaft wieder ihre eigene kommunistische Zeitung, ihr Sprachrohr im Kampf.

Ruhrumpels treten in den Streik

Hamm, 9. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern 18 Uhr tagte die Belegschaftsverfammlung der Schottanlage De Wendel, die Frühfchicht, etwa 2000 Arbeiter. Sie nahmen den Bericht der am Sonntag gewählten Verhandlungskommission entgegen. Die Direktion von De Wendel lehnte jede Verhandlung ab. Infolgedessen bleibt der Belegschaftsbeschluf vom Sonntag, heute morgen in den Streik zu treten, bestehen. Die Arbeiter, auch ein Teil der Frauen, die erschienen waren, sehen sich zum Streikpostenstellen für heute früh einstellen.

London, 9. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Revolutionäre Verband der Vereinigten Bergarbeiter Schottlands hat den Streik für heute abend für beendet erklärt, um die Volierung der Kämpfenden zu verhindern. Der Verband der Vereinigten Bergarbeiter Schottlands konzentriert seine Arbeit auf den Ausbau von Grubenorganisationen und Mobilisierung der Arbeiterfchaft im kommenden Monat, um beim Ablauf des zeitweisen Abkommens zu einer wirksamen Arbeit gerüstet zu sein.

Vom „linken“ Sozialdemokraten zum Vorkämpfer des Faschismus

London, 9. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Sir Oswald Mosley, der „linke“ Sozialdemokrat und oppositionelle Labour-Abgeordnete, der nach auf dem letzten Parteitag der Arbeiterpartei radikale Phrasen sprach und es damit verstand, hunderttausende Arbeiter bei der Stange zu halten, entpuppt sich als Vorkämpfer für den Faschismus in England. Er hat am Sonntag ein Manifest veröffentlicht, das u. a. auch von dem Renegat Coak, dem Führer des reformistischen Bergarbeiterverbandes, unterfchrieben ist und typisch faschistische Forderungen enthält. So fordert Mosley zum Beispiel den Erlaß der parlamentarischen Regierung durch einen Rat von 5 Rnister, die das Recht haben sollen, Maßnahmen in Kraft zu setzen. Ein Rat soll eingesetzt werden, der wichtige Maßnahmen aus eigener Machtmacht treffen kann.

Die Fratze der faschistischen Diktatur

477394 Erwerbslose in Sachfen

168493 fächliche Erwerbslose ohne Unterfuchung / 555 Betriebsstilllegungsanzeigen im November / Sprunghaftes Anwachsen der Hungerarmee

Die Zahl der Arbeitfuchenden in Sachfen hat sich in der 2. Novemberhälfte um über 17 000 vermehrt. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes waren am 30. November 477394 Erwerbslose vorhanden, wovon nur 185302 Hauptunterfuchung und 113099 Reihenunterfuchung erhielten, somit also 168493 auf die Bettelplattwege der Wohlfahrtsunterfuchung angewiesen find.

Daß die Zahl der Erwerbslosen in den nächsten Wochen noch sprunghaft in die Höhe gehen wird, zeigt der Bericht des fächlichen Arbeits- und Wohlfahrtsamtes, nach dem die Zahl der eingereichten Betriebsstilllegungsanzeigen im Monat November 555 betrug gegenüber 314 im September und 223 im Oktober. Allein 102 Stilllegungsanträge kommen von Textilunternehmen! ihnen folgen die Holz- bzw. Metallindustrie. Trotz dieser Tatsache aber werden Schließprämie mit einer wöchentlichen Arbeitszeit für verbindlich erklärt und widerspruchlos von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie hingenommen. Daß die Betriebsstilllegungen nur zu dem Zweck durchgeführt werden, um die Löhne der Proleten abzuhauen, zeigen Max Billeron & Koch, sowie die Gußstahlhütte Döhlen.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, welche außerordentliche Verschlechterung der Lage diese Massenarbeitslosigkeit auch für die kleinen Gewerbetreibenden mit sich bringt. Das Institut für Konjunkturforschung teilt mit, daß allein im vorigen Jahre ein Lohnausfall von 4 Milliarden zu verzeichnen ist. Das bedeutet eine ungeheure Einschränkung des Massenkonsums, die sich für die kleinen Gewerbetreibenden besonders katastrophal auswirkt. Rechnet man hinzu, daß durch die Herabsetzung der Löhne und Gehälter, die in der jetzigen Abbauphase betrieben wird, eine Senkung von 10 Prozent im Durchschnitt erfolgt, so würde das bedeuten, eine weitere Senkung des Lohneinkommens um über 3 Milliarden. Aus diesen Tatsachen kann man erkennen, daß der jetzige faschistische Diktaturkurs, der von den Sozialdemokraten ebenso wie von den Nationalsozialisten unterstützt wird, die Hungerkatastrophe der Massen außerordentlich verschärft muß.

Fried diktiert Regerversteuer Nr. 2

Ein übles Manöver / Unerhörte Massenbelastung in Thüringen

Im Thüringer Landtag erlaubten sich die Nazis in diesen Tagen ein besonders übles Manöver. Auf Grund der Brüning'schen Notverordnung wurde dem Landtag ein Gehaltsmurr für die Einführung der Bürgersteuer für die Gemeinden vorgelegt. Die Bürgersteuer wurde mit den Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und auch der Nazis abgelehnt.

Selbstverständlich war die Ablehnung der SPD und der Nazis nur ein Alibi-Manöver. Die Ablehnung der SPD im Reichstag am 18. Oktober erbrachte ja ein Vertrauensvotum für Brüning und seine Notverordnungen.

Daß es sich auch bei den Nazis um eine ähnliche Demagogie handelte, zeigte sich bereits einige Tage später. Bevor die Brüning-Regierung gegen den Beschluß des Landtages ihr Veto eingelegt hatte, veröffentlichte der Reichmann Fried als thüringischer Minister des Innern im „Amts- und Nachrichtendienst“ eine Verordnung, die diktorisch die Einführung der Bürgersteuer in allen Thüringer Gemeinden vorschreibt.

Diese Kopfsteuer ist in Thüringen die zweite. Um diesen doppelten Raubzug durchführen zu können, sollten die Gemeindeführer in Thüringen die Steuerarten für 1931 nicht am Abgabetermin, am 1. Dezember, ausgeben, sondern diese noch bis zum 18. Dezember zurückhalten. Inzwischen sollen in allen Gemeinden die Ortsgerichte zur Durchführung der Bürgersteuer entweder angenommen oder angeordnet sein.

Diese Tatsachen entlarven die nationalsozialistischen Demagogen voll und ganz. Sie, die immer über Young-Planerel schreiben, sind die müßiggängigen Elemente zur Durchführung der Young'schege. Das Volksbegehren in Thüringen gegen die Fried-Regierung wird der kommunistischen Partei Gelegenheit geben, breite Massen der Werttätigen gegen den Nationalsozialismus zu mobilisieren.

Frauen in der revolutionären Kampffront

Konferenz werttätiger Frauen in Dresden einflimmig für Beschlüsse des 2. Reichskongresses

Dresden, den 9. Dezember.

Am Sonntag fand für den Unterbezirk Dresden eine Konferenz werttätiger Frauen im Majewfcher Vereinshaus statt. Die kommunistische Partei, der Kampfband gegen den Faschismus und die Internationale Arbeiter-Fische befanden sich durch ihre Vertretung und Begrüßung dieser Tagung ihre Anteilnahme und Unterstützung des Kampfes der werttätigen Frauen.

Eingeleitet des Auspruches von Lenin, daß jede Köchin lernen müße, den Staat zu regieren, hatte den Bericht über den 2. Reichskongress werttätiger Frauen in Berlin eine Betriebsarbeiterin von Anton Reiche, Dresden, übernommen. Angeregt durch die große Begeisterung, die dieser Kongress bei den 1000 Delegierten aus ganz Deutschland hervorgerufen hat, verband es diese Arbeiterin, die Bedeutung dieses Kongresses, sein Zustandekommen, den Verlauf und die Aufgaben, die auf Grund der Kampfbeschlüsse dieses Kongresses der werttätigen Frauen entfielen und zum Ausdruck zu bringen. Genossin Reichewich behandelte anschließend die praktischen Aufgaben der Arbeiterinnen, um die Beschlüsse dieses Kongresses zur Durchführung zu bringen. 15 Arbeiterinnen ergreifen in der Diskussion das Wort, schilderten die verhängnisvolle Ausbeutung und Rationalisierung in den Betrieben, den systematischen Verlust der Unternehmer, die Löhne herabzusetzen, den Kampfwillen der Arbeiterinnen, den Verrat der reformistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsführer, wie sie den Arbeiterinnen direkt in den Rücken gefallen find. Schilderten, wie die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition als Führerin der kämpfenden Arbeiterinnen aufgetreten ist und sich die Sympathien der Arbeiterinnen erwarbt.

Einflimmig nahmen die 50 versammelten werttätigen Frauen die Kampfbeschlüsse des 2. Reichskongresses an. Nachdem Genossin Reichewich zusammenfassend noch einmal die wichtigsten Aufgaben der Arbeiterinnen in den Betrieben, der erwerbslosen Arbeiterinnen und der Hausfrauen aufgezählt hatte, wurde die Tagung durch den Gesang der „Internationale“ beendet.

Die Arbeiter müssen, unter Führung der KPD, den Kampf um die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufnehmen; denn nur dadurch ist es möglich, einen Teil der erwerbslosen Klassenoffen wieder im Produktionsprozeß unterzubringen. Dieser Kampf, der eine Angelegenheit der ganzen werttätigen Volksmassen ist, soll mit faschistischer Gewalttherrschaft unterdrückt und blutig niedergeschlagen werden. Erwerbslose, Betriebsarbeiter, kleine Geschäftsleute und Bauern müssen deshalb eine einheitliche Kampffront in Aktionsausschüssen zusammenschließen, durch die eine Massenoffensive entfaltet werden kann.

SPD-Arbeiter kommen zur KPD

Nach 20 Jahren Mitgliedschaft in der SPD zur roten Front geflohen

Ein Arbeiter aus Dandorf an der Rhön, der seit zwanzig Jahren der Sozialdemokratischen Partei angehört, schreibt an den Vorstand der KPD-Ortsgruppe Dandorf einen Brief, in dem er seine Mitgliedschaft bei der KPD anmeldet und erklärt, daß er seinen Austritt aus der SPD darum vollzieht, weil in ihr heute weiter nichts als die größten Arbeiterverräter Pisch finden. Er erklärt weiter, daß er bereit ist, mit allen Kräften in der kommunistischen Partei zu arbeiten, um so wirklich der Arbeiterbewegung dienen zu können. Er erklärt zum Schluß:

„Ich hoffe, in euren Reihen aktiv arbeiten zu können, und bin gewillt, nicht nur Mitarbeiter zu sein, sondern meine ganze Kraft in den Dienst der revolutionären Arbeiterbewegung zu stellen. Entschieden bitte über meine Aufnahme in die kommunistische Partei.“
Albert Senfath, Dandorf (Rhön).“

Wie dieser Arbeiter, treten in diesen Tagen zahllose SPD-Arbeiter der KPD bei. Die Zustimmung der SPD zu den Notverordnungen Brüning's hat die Empörung der bisherigen SPD-Arbeiter aufs äußerste gesteigert.

„Reichsmehr dürfte nicht genügen!“

Was Hitler den Veffersäcken und Rednern erzählt

Berlin, 8. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Welt am Montag berichtet über die Rede Adolf Hitlers, die dieser kürzlich vor der Hamburger Veffersäcken gehalten hat. Nach diesem Bericht empfahl Hitler als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit die Aufstellung eines fähigen Heeres, wodurch die Arbeitslosen auf um 15 Millionen verringert werden dürfte. Hitler malte die Gefahren des Bolschewismus für die Ausbeuter aus, die von den Arbeitslosen auszugehen, und sagte, daß bei einem Ausfall der Massen, die nichts zu verlieren hätten, die ganze Reichsmehr nicht genügen dürfte. Der Militarismus sei ein sehr wertvoller Faktor des nationalsozialistischen Erbes für deutsches Völk. Es sei ein großer Fehler Deutschlands gewesen, mit Österreich in einen Weltkrieg zu ziehen. Dies habe nicht deutschen Interessen entsprochen. Dagegen sei es von Italien ganz richtig gewesen, sich im Weltkrieg so zu entscheiden, wie es in seinem Interesse gehalten erschien. Charakteristisch ist, daß Hitler von den Hamburger Veffersäcken als „neuer Bismarck“ empfohlen wurde, daß er sich aber über Einzelheiten über kein Programm und über die Ausgestaltung ausfchwieg.

„Gesunde kapitalistische Methoden“

Die jetzt diktorische Notverordnung der Brüning-Regierung steht dem Abbau und die Beendigung der Wohnungsmangelwirtschaft vor. Das Wohnungsmangelgesetz des Reichsmittelengels und das Gesetz über Riederholung und Reineigungsarbeiten treten danach am 1. April 1931 beim am 1. April 1930 außer Kraft. Gleichzeitig wird mit mir schon berichtet haben, der Wohnungsbau eingeschränkt, und von den 800 Millionen Mark Hauszinssteuer, die für den Bau von Wohnungen verwendet wurden, wird in Zukunft die Hälfte, also 400 Millionen für die Erhaltung des Unterdrückungsapparates des kapitalistischen Staates, für Reichsmehr und Polizei, für den Bau von Zuchthäusern und Gefängnissen verwendet werden. Die „KZ“ sagt zu dieser „Wohnungspolitik“ der Brüning-Regierung: „Die Regierung bekennt sich damit zu dem Gedanken der Wiederherstellung gesunder kapitalistischer Methoden auf dem Gebiete des Wohnungswesens.“

Die Sozialdemokratie erklärt sich für die Notverordnung der faschistischen Brüning-Regierung. Sie erklärt sich damit auch für die gesunden kapitalistischen Methoden“ der Brüning-Regierung auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Sie behauptet sogar, daß ihre Vorstellungen eine Verbesserung der Notverordnungen gebracht hätten. Wenn also in Zukunft die Wohnungsnot für die Arbeiter noch unerträglich werden wird, dann ist das ein „Erfolg“ der Sozialdemokratie.

Streikambul in Bernau

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

In dem Berliner Vorort Bernau kam es am Sonntag zu größeren Zusammenstößen zwischen der Arbeiterfchaft und Berliner Nationalsozialisten. Die Nazis, die erst vor kurzer Zeit mehrere kommunistische Arbeiter hinterücks überfallen und acht von ihnen durch Schüsse niedergelockt hatten, wollten am Sonntag trotz dieser Tatsache einen Propagandaaufmarsch in Bernau veranstalten. Die kommunistische Partei trug der Stimmung der empörten Arbeiterfchaft Rechnung und betrieb eine Protestkundgebung ein. Die Polizei erwies sich auch hier wieder als Helfer der Nazis und verbot die kommunistische Protestkundgebung, während sie den provokatorischen Aufmarsch der Nazis gestattete. Jedoch ließ sich die Arbeiterfchaft nicht davon beirren und bereitete den nationalsozialistischen Mordhelden einen gebührenden Empfang. Die Polizei fuchte in reißender Stärke die Volkstrafwagen der Nazis und ging gegen die demonstrierende Arbeiterfchaft in brutaler Weise vor. Eine Reihe von Nationalsozialisten und fünf Polizeibeamte wurden verletzt.

Bonn a. Rh., 9. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)

Sier kam es zu blutigen Ueberfällen von Nazis auf Arbeiter. Nationalsozialistische Sturmabteilungen veranstalteten eine Demonstration, wobei sie die an den Straßenrändern stehenden Arbeiter unerhört provozierten. An der Rheinbrücke in Bonn kam es dabei zu schweren Zusammenstößen, als die Nationalsozialisten die Pistolen zogen und auf die Arbeiter schossen. Insgesamt sollen 7 Personen Kopfschläge erhalten haben.